

Volks-Zeitung

Landeszeitung für die Provinz Sachsen
für Anhalt und Thüringen.

Nr. 140. Jahrgang 200.
Zweite Ausgabe
Sonntag, 23. März 1907.
Gefchäftsstelle in Halle a. S.: Leipzigerstraße 87, hinterhaus.
Telephon 158; Redaktion Telephon 1272. Eing. Gr. Brauhausstr.
Verantwortl. Dr. Kleiber Gedenken in Halle a. S.
Gefchäftsstelle in Berlin: Delfauerstraße 14.
Telephon-Hint VI a Nr. 11494.
Zwei und Berlin von Otto Zietze in Halle a. S.

Deutsches Reich.

Halle a. S., den 23. März.

Dernburgs Aufgabe.

Der „Presse- und Anzeiger“ brachte am 19. März einen Artikel unter der Ueberschrift: „Personenwechsel in den höchsten Reichsämtern“, in dem auf den Kolonialdirektor Dernburg zur Weisung des in naher Zeit frei werdenden Reichsfinanzamts hingewiesen, er aber für das Kolonialamt als unentbehrlich bezeichnet wurde. Am 22. c. veröffentlichte der „Presse- und Anzeiger“ folgende, an seinen Chefredakteur gerichtete Erklärung: In dem Artikel „Personenwechsel in den höchsten Reichsämtern“ werfen Sie die Frage auf, ob es wohl in meinen Wünschen und Absichten liegen möchte, meine gegenwärtige Stelle mit einer anderen in Reichsämtern zu vertauschen. Da diese Frage wiederholentlich, ohne daß dazu eine äußere Veranlassung vorliegt, Gegenstand der Besprechung in der Presse gewesen ist, so möchte ich nicht annehmen, zu erklären, daß ich die Aufgabe der Förderung und Entwicklung unserer Kolonien nach keiner Richtung als eine Durchgangsstelle betrachten kann. Ich erachte diese Aufgabe für so wichtig für unsere gesamte Volkswirtschaft, daß es nur meinen Wünschen entsprechen kann, so lange mir das Vertrauen der dafür maßgebenden Stellen erhalten bleibt, wenn ich meine ganze Kraft diesem Problem widmen darf. Diese Aufgabe ist ihrem ganzen Wesen nach in kurzer Frist nicht zu lösen und bedarf eines eingehenden Studiums, langjähriger Arbeit und vorzüglicher, ungeleiteter Behandlung, will sie die Früchte tragen, die ich mit Sicherheit erwarten zu dürfen glaube. Dazu bedarf es aber vor allem, wie ich schon gesagt habe, daß man allgemein vertraut, daß ich dieser Aufgabe auch nicht untreu werde. Dieses Vertrauen wird aber gestiftet durch die fortwährend in der Presse ausgetauschten Konjekturen, welche endgiltig zu zerstreuen der Zweck dieser Zeilen ist. Mit vorzüglicher Hochachtung gez. Dernburg, stellvertretender Kolonialdirektor.

* **Bevels „Entfüllungen“ über Hauptmann Dominik.** Die „Köln. Ztg.“ veröffentlicht eine Zuschrift des Kaufmanns Albrecht aus Zaunde, in der dieser den Entfüllungen Bevels über angebliche Grausamkeiten des Hauptmanns Dominik entgegentritt und erklärt, nie eine Klage der Eingeborenen über Hauptmann Dominik gehört zu haben, sowie die strenge Manneszucht unter dessen Soldaten schildert.

Einigen, nicht treuen!

Die „Kölnische Zeitung“ hat über die Ablehnung des liberalen Schulaufsichtsantrages im preussischen Abgeordnetenhaus u. a. noch folgendes geschrieben: „Aber zu dieser Stunde, das heißt, wo es darauf ankommt, tritt man geschlossen hinüber zu den Ultramontanen, stimmt mit ihnen gegen den Antrag und bringt dadurch den ersten Versuch, das Programm des süßen Bismarck auf einem neutralen Boden zu verwirklichen, gründlich zum Scheitern! Wir wiederholen nun noch nicht die Ablehnung aus politischen Gründen eine sachlich antionterative Vorlage durchbringen zu helfen, das war eine schroffe Kriegserklärung gegen die drei antagstellenden Parteien, die nur aus politischen Gründen verständliche Ablehnung einer Reform, aber die man eine sachliche Verhandlung als gar nicht unmöglich hinstellt. Diese politischen Gründe aber lassen sich nur finden in der unummanuellen Abgabe von dem von der Regierung bisher verkündete Programm.“

Die „Kölnische Zeitung“ will übrigens auch noch manches andere liberale Blatt phantastisch hier immer von einem Programm des Fürsten Bismarck, von einem Regierungsprogramm, von dem in Wirklichkeit gar nichts bekannt ist. Der Reichstanzler hat vielmehr der Linken lediglich zugelaut, gewissen Wünschen in der Reichsengesetzgebung entgegenzukommen. Er hat sich zu gleicher Zeit aber gegen jede Partei in der Reichstagsversammlung ausgesprochen. Das sollte doch auf der Linken beachtet werden. Wie aus der vorstehenden Bemerkung der „Kölnischen Zeitung“ hervorgeht, scheint man im liberalen Lager anzunehmen, es sei die Aufgabe der Linken, das angebliche Programm der Regierung zu interpretieren und zu verwirklichen. Das wäre aber ein ganz unmöglicher Zustand. Es kann immer nur der leitende Staatsmann sein, welcher die erforderlichen Maßnahmen bestimmt, um den Zielen seiner Politik näherzukommen. Eine „regierende Partei“ will weder das äußerste Volk, noch kann es der Reichstanzler wollen. An allerersten Stelle würde es Fürst Bismarck verantworten können, wenn unter Berufung auf sein angebliches Programm ein ad hoc gebildeter „Voc“ ihm in der gleichbedeutenden Versammlung Preussens das Regiment aus der Hand nehmen oder mindestens dessen Richtlinien vorkreuzen wollte.

Es wäre auch eine seltsame Auffassung des Reichstagswahlereignisses, wenn aus der Tatsache, daß die vier Fraktionen der bürgerlichen Linken etwa ein Dutzend Mandate, und zwar nicht einmal aus eigener Kraft, erobert haben, gefolgert werden sollte, daß nun auf Kosten der stärksten Mehrheitspartei, der Konservativen, grundsätzlich liberale Politik nicht nur im Reiche, sondern auch in Preußen gemacht werde, als ob der Liberalismus hier wie dort die Führung haben müßte, der die Konservativen sich blindlings zu unterwerfen hätten. So wie gegenüber dem

Wunsche des Reichstanzlers nach einem Zusammenhange der konfessions-liberalen Mehrheit sich die liberalen Parteien einmütig dagegen verhalten haben, von ihren Grundthesen etwas aufzugeben, genau so ist ganz selbstverständlich der Standpunkt der Konservativen, und genau so wie die Liberalen den Anspruch auf Berücksichtigung innerhalb der neuen Reichstagsmehrheit erheben müssen, müssen es auch die Konservativen ganz selbstverständlich tun.

Wir glauben deshalb, daß es im Interesse eines erspriechlichen Zusammenwirkens wohlgeboten wäre, wenn die Linke gar nicht erst die Meinung aufkommen lassen wollte, daß sie im preussischen Landtage die Gegenrechnung für Leistungen aufmacht, die sie im Reichstagsausschuß erst in Aussicht stellt. Wie Herr Dr. von Dönhoff und der Herr von Bismarck auf es keinesfalls als selbstverständlich angesehen werden, wenn man Dinge der Reichspolitik ohne weiteres auf die Gefährde des Landtages und auf Dinge überträgt, die das Abgeordnetenhaus angehen. Wir würden damit in eine Verwirrung unserer staatsrechtlichen Verhältnisse geraten, von der es sich gar nicht übersehen ließe, wohin sie führen könnte.

* **Er. Maj. der Kaiser.** Freitag vormittag konferierte der Kaiser mit dem Reichstanzler, beauftragte Sammlungen im Oberkloster des Kunstgewerbe-Museums und hörte dann im Königlichen Schloß den Vortrag des Herrn v. Döring und des Geh. Ratsmarschalls über eine Rennbahn im Grunewald.

Die **Trauerfeier für General v. Werber.** Freitag nachmittag um 2 Uhr wurde in der evangelischen Kirche des Invalidenhauses zu Berlin eine Trauerfeier für den General-Adjutanten General der Infanterie v. Werber abgehalten, welche, eine überaus feierliche Trauerversammlung vereinigte. Der Herr Major der Garde des Vorpostens aufbehielt, zwei Offiziere des Reitenfeldjägerskorps und zwei Offiziere des Garde-Pfüllier-Regiments standen dem Sarge zur Seite, den eine Fülle von Kränzen bedeckte und umgab, darunter Kränze des Kaisers und der Kaiserin von Rußland, der Großfürsten Maximiliane und Xenia und des Reiches der Deutschen in Petersburg. Vom Gouverneur des Invalidenhauses, General der Infanterie v. Hammerstein-Borjen, empfingen, betrat der Kaiser und die Kaiserin das Gotteshaus und nahmen links neben dem Sarge Platz, nachdem der Kaiser auch feierlich einen Kranz niedergelegt hatte. Es hatten sich eingetunden Prinz Friedrich Vojvod, der Prinz von Hohenzollern, Prinz Albert, der Holstein-Glücksburg und viele andere. Militär-Oberpfarrer Goens predigte über Sprüche Salomonis 2, 7. Nach der Feier verließen die Majestäten das Invalidenhaus. Es fand jedoch unter dem Glockengeläute der Gedenkfeier und drei vorerwähnten Ehrenmännern die Beisetzung auf dem Invalidenfriedhof statt. Die Trauerparade war gebildet von drei Schwadronen des 2. Garde-Dragoon-Regiments, zwei Bataillonen des Garde-Pfüllier-Regiments und zwei Bataillonen des 1. Garde-Feldartillerie-Regiments.

* **Seetransport-Abteilung im Kriegsministerium.** Am 1. April wird beim Kriegsministerium eine Abteilung für Seetransporte gebildet werden. Als Chef der Abteilung ist Dr. Geyer, jetzt Chef des Generalstabes des 16. Armee-Korps in Weh, in Aussicht genommen. Oberst Gayer wurde beim Ausbruch der Csinatirren zum Chef der beim Kriegsministerium gebildeten Ostasiatischen Abteilung ernannt und hat diese bis zur Auflösung geleitet.

Die **Braunschweigische Frage.** Zu der Meldung der „Braunschv. Landesztg.“, wonach der Regent des Herzogs Johann Albrecht zu Mecklenburg dem Landtage als Regenten des Herzogtums vorzulegen werde, sind die amtlichen „Braunschweigischen Anzeigen“ vom herzoglichen Staatsministerium ermächtigt, eine Erklärung zu veröffentlichen, in der es unter anderem heißt:

Es hat bis jetzt weder im Regentensrat, noch in der Landesversammlung, noch im herzoglichen Staatsministerium, noch in der letzten geheimen gemeinschaftlichen Sitzung des Regentensrates und der staatsrechtlichen Kommission des Landtages irgend eine entscheidende Stellungnahme bezüglich des Vorschlages und der Wahl eines Regenten stattgefunden. Auf welche Persönlichkeit sich Vorschlag und Wahl richten werden, ist noch völlig ungewiß.

Die Erklärung weist ferner darauf hin, daß die erwähnte Meldung in einer Fassung verbreitet sei, die dem Inhalt der vertraulichen Verhandlungen zwischen der Regierung und der staatsrechtlichen Kommission durchaus nicht entspricht.

Eine weitere Meldung, die uns von Braunschweig zugeht, behauptet, daß die Tagesordnung der am nächsten Dienstag stattfindenden Landtagssitzung lautet: Beratung über weitere Schritte, welche die demnächstige Gestaltung der Regierungsverhältnisse des Herzogtums betreffen.

* **Aus Württemberg.** Die Finanzkommission der Kammer der Abgeordneten beruhte in ihrer Freitag-Sitzung die Forderungen für die Gesundheitsämter in Berlin und München gegen die Stimmen der Sozialdemokraten.

* **Einfuhr ausländischer Milch?** Vor einiger Zeit hatte die Berliner Handelskammer bei der Regierung die Öffnung der holländischen Grenze für die Einfuhr von Milch beantragt. Gegen dieses Verlangen hat das Landes-Defonomie-Kollegium alsbald Verwahrung eingelegt und gleich-

zeitig den Herrn Landwirtschaftsminister erucht, mit Rücksicht auf die harte Verbreitung der Maul- und Klauenseuche in Frankreich auch die französische Grenze gegen die Einfuhr von Milch g e n e r e l l zu sperren. Der Herr Landwirtschaftsminister hat in Beantwortung dieser Eingabe dem Landes-Defonomie-Kollegium mitgeteilt, daß eine Aufhebung des Verbotes der Milchzufuhr aus den Niederlanden und aus Belgien schon mit Rücksicht auf die in diesen Ländern gegenwärtig herrschende Maul- und Klauenseuche nicht ins Auge gefaßt sei, und was das Verbot der Milchzufuhr aus Frankreich nach Elb-Lothringen anbetrifft, so habe er diesen Antrag des Landes-Defonomie-Kollegiums dem Herrn Reichstanzler d e f i n i t o r e n d vorgelegt.

Wie außerordentlich notwendig ein solches Vorgehen ist, wird durch die Tatsache bewiesen, daß erst im Januar dieses Jahres die Maul- und Klauenseuche aus Rußland in die Kreise Jaroslavin und Wladiwostok nach Deutschland worden ist, die an eine deutsche Sammelmeierei aus einem russischen Orte geliefert worden war. Zudem ist es doch wohl auch mit Rücksicht auf den menschlichen Gesundheitszustand geboten, daß bei der Zulassung ausländischer Milch möglichst vorzüglich Verfahren werde.

* **Wieder ein sozialistischer Revisor.** In Bieber, Kreis Offenbach, wurde verurteilten Wärters zufolge der Sozialist Dool als Revisor d i c t e r t.

* **Reise Luxemburg vor dem Reichstags.** Die von Landgericht Weimar wegen Aufzucht von Gewaltthatigkeiten zu zwei Monaten Gefängnis verurteilte sozialdemokratische Agitatrice Rosa Luxemburg hat, wie gemeldet, gegen das Urteil die Revision eingelegt. Die Reichsgerichtsverhandlung findet am 12. April vor dem vierten Strafsenat statt.

Ausland.

Rumänien.

Die **Bauernunruhen.** Seitens der rumänischen Regierung sind alle Anforderungen gemacht worden, um in den Bezirken an der österreichischen Grenze die Ruhe wiederherzustellen. Ein Regiment ist am 21. März Bistritza abgegangen, zwei weitere am 22. ds. Die Meldung, daß Militär und Polizei den Banen Bistritza leisten, entbehrt jeder Begründung. Trotzdem das Militär Blutergießen möglichst zu vermeiden sucht, sind bei seinem Eingreifen bisher vier Personen getötet und neun verwundet worden. Durch den plötzlichen Ausbruch der Unruhen haben allerdings vielfach aus Ausländer zu leiden gehabt, es ist aber zu hoffen, daß durch die verfügten Maßnahmen die Ordnung baldigt wiederhergestellt werden wird.

Die **Wiener „Neue freie Presse“** meldet, hat die österreichische Regierung im Hinblick auf die rumänischen Bauernbewegung die Konzentrierung von Gendarmen an der Grenze der Bukovina und Rumaniens angeordnet und ein staatliches Sanitätsorgan dorthin entsendet. Von militärischen Maßnahmen ist Abstand genommen worden, da die Bewegung bisher die Grenze nicht überschritten hat.

Rußland.

In der Sitzung der Reichsduma am 22. c. wurde die Debatte über die Bildung einer Hilfskommission zur Abwehr der Hungersnot wieder aufgenommen. Nihilistisch schlug nach Beendigung des Antrages seiner Partei vor, die zwei Fragen: 1. der Unterstützung der von der Hungersnot Betroffenen und 2. der sonstigen Unterstützung Arbeitsloser, zu trennen. Zum Schluß einer langen Debatte gibt der Ministerpräsident Erklärungen ab über die der Duma geltend gemachten Bedenke; er gibt zu, daß die Gesetzgebung über die Organisation des Hilfsdienstes zur Befämpfung der Hungersnot mangelhaft sei, und erklärt sich bereit, in Bezug auf diese Hilfsleistung jede gewünschte Auskunft zu erteilen. Als Antwort auf die in der Duma eingebrachten Interpellationen über diesen Gegenstand werde die Regierung einen Bericht über die bis jetzt ergriffenen Maßnahmen veröffentlichen. Mit dem Antrag Nihilistischer sei die Regierung voll und ganz einverstanden. Verschiedene Änderungsanträge zu dem Antrag Nihilistischer werden abgelehnt und der Antrag Nihilistischer jedoch angenommen.

Der von 87 Abgeordneten in der Reichsduma eingebrachte Antrag betreffend die Bildung einer Kommission zur Beratung einer Ammelboerlage rief einen Beschluß der vereinigten Gruppen der Gemäßigten und der Rechten hervor, durch den die Genehmigung einer allgemeinen und auch einer teilweisen Ammelie in diesem Augenblicke nicht für angemessen erklärt wird, weil sie als Schwäche der Regierung gedeutet werden könne.

Mord und Selbstmord in Warschau. Ein Inbalkenmeister schoß auf einen vorbeigehenden Kommissar, verfehlte diesen und tötete einen Zeitungsverkäufer. Es entstand eine große Panik. Der Missetäter tötete sich bei seiner Ergreifung durch einen Schuß in den Mund.

Serbien. Zur Ermordung des bulgarischen Ministerpräsidenten.

In der Stupidska erklärte am Freitag Ministerpräsident Palschich, daß die Regierung über angeblich in Belgrad getroffene Vorbereitungen für das Attentat auf den bulgarischen Ministerpräsidenten Bettow nichts bekannt sei. Die Nachricht, nach der die Regierung auf Verlangen Bulgariens drei in Belgrad weilende bulgarische Studenten ausgewiesen habe, sei gleichfalls vollkommen unbegründet.

Main table containing financial data, stock prices, and exchange rates. Columns include company names, stock types, and prices.